

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vollständige Sicherheitsüberprüfung des Berliner Forschungsreaktors vor Entscheidung über Weiterbetrieb

Der Landtag stellt fest:

Die Gefahren und Risiken der Atomenergie machen vor Ländergrenzen nicht halt. In unmittelbarer Nähe zur Landesgrenze betreibt das Helmholtz-Zentrum Berlin den Forschungsreaktor BER II. Im Zuge der von der Bundesregierung geforderten Neubewertung von Risiken, die von Atomanlagen ausgehen, müssen auch in Brandenburg die potenziellen Folgen eines Katastrophenfall diskutiert und notwendige Konsequenzen gezogen werden.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich beim Berliner Senat dafür einzusetzen, dass der Forschungsreaktor BER II des Helmholtz-Zentrums Berlin für Materialien und Energie (früher Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung) in Berlin-Wannsee einer vollständigen Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen ist.

Der Berliner Senat muss als Miteigentümer des Helmholtz-Zentrums Berlin und als Atomaufsichtsbehörde sicherstellen, dass der Forschungsreaktor in den nächsten Monaten von unabhängigen Gutachern überprüft wird. Vorzunehmen ist dabei eine vollständige Sicherheitsüberprüfung. Grundlage sollen die strengen Anforderungen des neuen Kerntechnischen Regelwerks (KTR) und die Maßstäbe, die die Reaktorsicherheitskommission bei der Sicherheitsprüfung der Reaktoren im Rahmen des Moratoriums anlegt, sein. Zu berücksichtigen sind dabei jeweils die weitergehenden Anforderungen; sofern die Sicherheitsanforderungen nur für Leistungsreaktoren definiert sind, sind sie sinngemäß zu übertragen.

Auf Basis der Ergebnisse der Überprüfung ist zu bewerten, ob und mit welchen zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen der Forschungsreaktor weiter betrieben werden kann. Bis zu einer entsprechenden Entscheidung soll der Reaktor seinen Betrieb ruhen lassen.

Da die Kapazität der Sammelstelle für leicht- und mittelradioaktive Abfälle auf dem Gelände des Helmholtz-Zentrums in Wannsee nahezu erschöpft ist, muss dringend der weitere Verbleib der Abfälle geklärt werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Überprüfung des Forschungsreaktors kontinuierlich zu begleiten und dem Landtag vor Ablauf des bundesweiten Moratoriums über den Verlauf der Überprüfung sowie mögliche Konsequenzen zu berichten.

Begründung

Die Bundesregierung hat vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe in Japan angeordnet, dass alle kerntechnischen Anlagen in Deutschland einem Sicherheitscheck unterzogen werden müssen. Deshalb muss auch der Forschungsreaktor BER II des Helmholtz-Zentrums Berlin entsprechend überprüft werden und bis zum Abschluss des Sicherheitschecks abgeschaltet bleiben.

Zum jetzigen Zeitpunkt hat die Bundesregierung jedoch noch nicht abschließend geklärt, an Hand welcher Kriterien die Sicherheitsüberprüfung erfolgen soll. Die zu diesem Zwecke jüngst von Bundesumweltminister Röttgen vorgelegte Prüfliste der Reaktorsicherheitskommission ist als Basis für eine Prüfung, an deren Ende ein klares Ergebnis stehen soll, nicht geeignet. Statt klarer Anforderungen, denen sich die deutschen Atomkraftwerke stellen sollen, listet das Papier lediglich Themenbereiche auf, denen man sich in den kommenden Wochen widmen will.

Für den Sicherheitscheck müssen als Mindestmaßstab das neue Kerntechnische Regelwerk und ggf. weitergehende Anforderungen der Reaktorsicherheitskommission zu Grunde gelegt werden.

Im Zuge der Überprüfung des Berliner Forschungsreaktors soll auch die Frage nach dem Verbleib der auf dem gleichen Gelände lagernden leicht- und mittelradioaktiven Abfälle angesprochen werden.

Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN